

Nahöstliche Monarchien: Auslaufmodell oder Zukunftsvision?

Anna Sunik, André Bank und Thomas Richter

Im Mai 2013 jährte sich zum zweiten Mal das Angebot Saudi-Arabiens an Jordanien und Marokko, dem Golfkooperationsrat beizutreten. Diese Offerte gilt nach wie vor als ein wichtiges Signal, um den Überlebenswillen autoritärer Monarchien seit Beginn des Arabischen Frühlings zu demonstrieren.

Analyse

Während seit 2011 vier Staatsoberhäupter in den nahöstlichen Republiken Ägypten, Jemen, Libyen und Tunesien gestürzt wurden, haben die Monarchien Bahrain, Jordanien, Katar, Kuwait, Marokko, Oman, Saudi-Arabien und Vereinigte Arabische Emirate (VAE) die Umbrüche des Arabischen Frühlings bislang überlebt. Obwohl es auch in den meisten dieser Länder zu teilweise massiven Anti-Regime-Demonstrationen kam, bleibt die Kluft zwischen eher instabilen Republiken und eher stabilen Monarchien ein zentraler Entwicklungstrend der gegenwärtigen Politik im Nahen Osten.

- Der Nahe Osten ist die bis heute einzige Weltregion, in der eine nennenswerte Konzentration von acht autoritären Monarchien existiert.
- Die Beständigkeit dieser Regimeform erklärt sich durch ein Zusammenspiel aus vier zentralen Faktoren: traditionelle und religiöse Legitimation, eine stabile Familienherrschaft und Eliteneinbindung, die Verteilung materieller Ressourcen an die Bevölkerung sowie verschiedene Formen externer Unterstützung.
- Die massiven innenpolitischen Unruhen in der bahrainischen Monarchie bildeten eine Ausnahme und sind den Besonderheiten dieses Landes geschuldet.
- Da Monarchien die Umbrüche des Arabischen Frühlings bisher besser überlebt haben als Republiken, wäre es verfrüht, sie als politisches Auslaufmodell zu betrachten.
- Die Monarchien verfügen jedoch über kein eigenständiges, positives Entwicklungsmodell, weshalb es ihnen bisher nicht gelungen ist, eine Zukunftsvision mit Strahlkraft für andere Länder bereit zu stellen.

Schlagwörter: Monarchien, autoritäre Regime, Arabischer Frühling, Naher Osten

Der Nahe Osten als weltweit letzte Bastion autoritärer Monarchien

Ein gutes Drittel der völkerrechtlich anerkannten Staaten des Nahen Ostens – acht von 21 – werden gegenwärtig von Königen, Emiren oder einem Sultan erbmonarchisch beherrscht. Der Nahe Osten ist damit aktuell die einzige Weltregion, in der eine ganze Gruppe von autoritären Monarchien politisch überlebt hat. Als autoritäre Monarchien gelten diejenigen Staaten, in denen die jeweiligen Monarchen – anders als etwa bei den konstitutionellen Monarchien Europas – „herrschen und regieren“ (Anderson 2000). Zur Zeit zählen hierzu weltweit noch Bhutan, Brunei Darussalam, Swasiland und Tonga.¹ Mit Bahrain, Jordanien, Katar, Kuwait, Marokko, Oman, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) findet sich in der Region des Nahen Ostens eine weltweit einzigartige Konzentration autoritär-monarchischer Herrschaftsformen (siehe Tabelle 1).

Weltregionen, insbesondere in Afrika und Asien, haben auch bei den nahöstlichen Monarchien die Prozesse der Dekolonisierung und der politischen und sozioökonomischen Modernisierung – Stichwort: Königsdilemma (Huntington 1966) – sowie die geostrategische Einbindung der Region in den Kalten Krieg zum Sturz von fünf prowestlichen autoritären Monarchien geführt:

- Ägypten 1952,
- Irak 1958,
- Nordjemen 1962,
- Libyen 1969 und
- Iran 1979.

Seit Ende der 1970er Jahre ist jedoch keine der verbliebenen nahöstlichen Monarchien mehr zusammengebrochen. Im Kontext des Arabischen Frühlings lässt sich darüber hinaus ein zusätzlicher Trend beobachten: Die autoritären Monarchien scheinen die Umbrüche besser verarbeiten zu können als einige der autoritären Republiken. Beispielhaft hierfür steht, dass seit 2011 mit Ben Ali in Tune-

Tabelle 1: Autoritäre Monarchien im Nahen Osten (Stand: Juni 2013)

Land	Eigenbezeichnung	Name des Monarchen (Herrschaftsbeginn)	Herrschende Familie
Bahrain	Königreich (seit 2002, zuvor Emirat)	Hamad bin Isa (1999)	Al Khalifa (seit 1783)
Jordanien	Königreich	Abdallah II (1999)	Al Haschemi/Haschemiten-Dynastie (seit 1923)
Katar	Dawla (Staat)	Hamad bin Khalifa (1995)	Al Thani (seit 1825)
Kuwait	Dawla	Sabah al-Ahmad al-Dschaber (2006)	Al Sabah (seit 1718)
Marokko	Königreich	Muhammad VI. (1999)	Alawiden (Dynastie) (seit dem 17. Jh.)
Oman	Sultanat	Qabus bin Said (1970)	Al Bu Said (seit 1746)
Saudi-Arabien	Königreich	Abdallah bin Abd al-Aziz (2005)	Al Saud (seit 1923; 1. Staat bereits 1744)
Vereinigte Arabische Emirate	Emirate	Khalifa bin Zayid Al Nahyan (2004)	Al Nahyan (Abu Dhabi), Al Maktoum (Dubai), Al Nuaimi (Adschman), Al Qassimi (Schardscha und Ra's al-Khaima), Al Scharqi (Fudschaira), Al Mu'alla (Umm al-Qaiwain) (seit dem 19. Jh.)

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Dass im Nahen Osten so viele Monarchien überlebt haben, heißt jedoch nicht, dass in der Vergangenheit keine Monarchien gestürzt und durch autoritäre Republiken ersetzt worden wären. Wie in anderen

sien, Mubarak in Ägypten, Gaddafi in Libyen und Salih im Jemen vier republikanische Staatsoberhäupter gestürzt wurden und ein fünfter – der syrische Präsident Bashar al-Asad – in einem blutigen Bürgerkrieg um seine Herrschaft kämpft. Außer Bahrain und mit Abstrichen Jordanien erlebte keine arabische Monarchie seit 2011 eine unmittelbar regimebedrohende Instabilität (Yom und Gause III

¹ Weitere Länder wie Kambodscha, Liechtenstein, Malaysia, Monaco, Thailand und der Vatikan sind umstrittene Vertreter, da entweder ihr Status als Monarchie oder ihre Klassifikation als autoritäres Regime kontrovers ist.

2012). Welche Eigenschaften der zeitgenössischen arabischen Monarchien bedingen diesen erstaunlichen Entwicklungstrend? Entgegen häufiger Behauptungen erklärt sich die Beständigkeit arabischer Monarchien nicht monokausal aus besonderen, bisweilen als kulturspezifisch verstandenen „monarchischen Eigenschaften“, die auf der angeblichen besonderen Verbindung zwischen Monarchie einerseits und Islam, Patriarchat oder einer inhärenten „monarchischen Kultur“ andererseits basieren.² Vielmehr kann das politische Überleben wesentlich besser durch das Zusammenspiel der folgenden vier Erklärungsfaktoren verstanden werden: traditionelle und religiöse Legitimation, stabile Familienherrschaft und Eliteneinbindung, Distributionspolitik gegenüber der Bevölkerung sowie verschiedene Formen externer Unterstützung.

Legitimation

Die heutigen nahöstlichen Monarchien, die die Welle antimonarchistischer Umwälzungen zwischen den 1950er und 1970er Jahren überlebt haben, sind – ausgenommen Marokko und Saudi-Arabien – ein Produkt des Rückzuges der Protektionsmacht Großbritannien aus dem Nahen Osten nach Ende des 2. Weltkrieges. Deshalb verfügen die meisten von ihnen über eine vergleichsweise kurze Geschichte der Eigenstaatlichkeit. Trotzdem spielen traditionelle wie auch religiöse Elemente bei ihrer Herrschaftslegitimation eine wichtige Rolle. Häufig wird die Beständigkeit der Monarchien einseitig mit einer höheren Legitimität qua Tradition, Geschichte und/oder Religion in Verbindung gebracht. Diese Sichtweise greift allerdings zu kurz. Selbst langlebige Monarchien wie die iranische (1979), die ägyptische der Nachkommen Muhammad Alis (1952) oder sich explizit religiös legitimierende Herrscher wie der zaiditische Imam im Nordjemen (1962), der Sanussi-König Idris I. in Libyen (1969) oder der haschemitische König Faisal II im Irak (1958) sind sozialrevolutionären Umstürzen oder Militärputschen zum Opfer gefallen.

Eine Mischung aus traditionellen und religiösen Elementen ist dennoch ein wichtiger, wenngleich nur in Verbindung mit anderen Einflussfaktoren wirksamer Erklärungsfaktor. So beziehen sich zum Beispiel einige aktuelle Legitimationsstrategien

der Monarchien auf die historisch einflussreiche Rolle der herrschenden Familie. In Jordanien wird die aktive Rolle der Haschemiten bei der „Großen Arabischen Revolte“ von 1915 betont. In Marokko wird auf die prominente Rolle von Muhammad V., dem Großvater des heutigen Königs, im Unabhängigkeitskampf gegen die Kolonialmacht Frankreich Bezug genommen. Im Oman wird auf die entscheidende Rolle von Sultan Qabus bei der Modernisierung des Landes seit den frühen 1970er Jahren hingewiesen. Das zentrale Ziel dieser historischen Bezüge ist die enge Verknüpfung von Familienherrschaft einerseits, Staats- und Nationenbildung andererseits (Anderson 2000).

Auch religiöse Legitimationsbezüge sind in einigen der Monarchien ein vorherrschendes Muster. Der marokkanische König inszeniert sich als „Fürst der Gläubigen“, das jordanische Königshaus betrachtet sich bis heute als Schutzpatron von al-Quds (arabische Bezeichnung für Jerusalem) und sieht sich in der direkten genealogischen Nachfolge des Propheten Muhammad. Das wohl bekannteste Beispiel für eine Verwendung von religiöser Symbolik zur Herrschaftslegitimation stellt Saudi-Arabien dar. Eine von Muhammad Ibn Abd al-Wahhab (1703-1792) begründete, puritanisch-dogmatische Auslegung der als besonders konservativ geltenden hanbalitischen Rechtsschule des Islam ist hier Staatsideologie, und auf den Funktionstitel des saudischen Königs als „Hüter der beiden heiligen Stätten“ des Islam in Mekka und Medina wird in faktisch jeder offiziellen Meldung rekurriert. Eine direkte Verknüpfung von Religion und monarchischer Herrschaft spielt bei den kleineren Monarchien auf der Arabischen Halbinsel eine unbedeutendere Rolle. Der Monarch tritt hier vor allem als Sponsor des religiösen Sektors auf, indem er etwa den Bau von Moscheen finanziert. In allen arabischen Monarchien werden zudem traditionelle Formen prozeduraler Legitimation praktiziert: In Kuwait, den VAE und Katar sowie in abgeschwächter Form in Saudi-Arabien soll die Einhaltung der altarabischen Prinzipien von Versammlung (madschlis) und Beratung (schura) für die Anerkennung und den Respekt der Herrschaft der jeweiligen Familie sorgen (Demmelhuber 2011).

Familienherrschaft und Eliteneinbindung

Die Einbindung von Familienmitgliedern bzw. Teilen der traditionellen Elite in zentrale Schaltstel-

² Für einen Überblick über solche Ansätze, vgl. Bank, Richter und Sunik (2013: 7 f).

len des Staates und der Verwaltung des Landes spielt in allen arabischen Monarchien eine zentrale Rolle. Grundsätzlich sind dabei zwei Modelle zu unterscheiden (Herb 1999; Lucas 2004): erstens sogenannte „dynastische“ Monarchien, in denen Familienmitglieder eng und unmittelbar in die zentrale politische Entscheidungsfindung eingebunden sind, und zweitens sogenannte „linchpin“ Monarchien, in denen der Monarch als „Dreh- und Angelpunkt“ (deshalb „linchpin“) Entscheidungen mit Unterstützung einer königlichen Bürokratie (diwan al-maliki) vorbereitet und implementiert, aber allein trifft. Mitglieder der Königsfamilie sind hier nicht an der zentralen Entscheidungsfindung beteiligt.

In allen „dynastischen“ Golfmonarchien – mit Ausnahme Omans – besetzen Mitglieder der Herrscherfamilie zentrale staatliche Funktionen in der Regierung, der Verwaltung und im Militär. Beispielsweise ist es in Saudi-Arabien, in Kuwait, in Bahrain, in Katar und in den VAE üblich, dass der Ministerpräsident, der Außen- und Innenminister sowie der Verteidigungsminister aus dem Kreis der Herrscherfamilie kommen. Dieser umfassende Einbezug von Mitgliedern der Herrscherfamilie in den Staatsapparat und andere relevante Entscheidungsgremien sorgt für politische Stabilität, da die Herrscherfamilie als Status- und Identitätsgruppe ein Interesse am Erhalt des Regimes hat und die Bildung von politisch relevanten Gegeneliten verhindert wird (Herb 1999). Wenn es dennoch (wie beispielsweise im Fall von Katar 1972 und 1995) zu Umstürzen durch Angehörige der Herrscherfamilie kommt, führt dies nicht zum kompletten Zusammenbruch des Regimes, sondern lediglich zu einem personellen Wechsel an dessen Spitze.

In den klassischen „linchpin“ Monarchien Jordanien und Marokko sowie im Oman sind die Mitglieder der königlichen Familie nicht in die eigentliche politische Entscheidungsfindung eingebunden, sondern erfüllen höchstens repräsentative Aufgaben. Der Monarch trifft politische Entscheidungen allein und fungiert als Vermittler und Schiedsrichter zwischen rivalisierenden Elitensegmenten sowie politischen Institutionen wie unterschiedlichen Parlamentskammern oder Ministerien, der Armee und den Geheimdiensten. Zusätzlich existieren weitere informelle Mechanismen zur Einbindung politisch relevanter Eliten. Die Rotation von Regierungsgämnern zwischen konkurrierenden Gruppen spielt dabei gerade in Krisenphasen eine wichtige Rolle. So tauschte der

jordanische König zwischen Februar 2011 und Februar 2013 beispielsweise fünfmal den Ministerpräsidenten aus. In Marokko hat die Einbindung von verschiedenen politischen und sozialen Gruppen einen für die arabischen Monarchien bisher einmaligen Reifegrad erreicht. Dort hat sich im Verlauf der vergangenen zwanzig Jahre ein auf der Wahl von politischen Parteien basiertes Regierungssystem entwickelt, bei dem der König weiterhin eine dominante Rolle behält und unterschiedliche politische Strömungen gegeneinander auszuspielen vermag. Im Kontext des Arabischen Frühlings führte dies beispielsweise zur verstärkten Einbindung der moderat-islamistischen Parti de la Justice et du Développement (PJD) (Eibl 2011).

Distributionspolitik

Der Erfolg monarchischer Herrschaft ist sowohl historisch als auch aktuell eng mit der Verteilung von materiellen Ressourcen verbunden. In den dynastischen Monarchien am Golf war der Auf- und Ausbau einer auf der engeren monarchischen Familie beruhenden Staatsbürokratie entscheidend von den historisch einmalig hohen Einnahmen aus dem Export von fossilen Brennstoffen (Erdöl und Naturgas) abhängig. In diesen politischen Regimen hat sich in den letzten vier Jahrzehnten ein dynastischer Rentierstaat entwickelt. Zusätzlich zur Patronage der eigenen Familie haben es die enormen Einnahmen aus den Öl- und Gasexporten ermöglicht, großzügige wohlfahrtsstaatliche Geschenke an die breite Bevölkerung zu verteilen. So ist die große Mehrheit der einheimischen Bevölkerungen in den Golfmonarchien beim Staat beschäftigt. Alle Länder verfügen über eine quasi kostenlose Gesundheitsversorgung und weitere großzügige Unterstützungskomponenten; Güter des täglichen Bedarfs sind massiv subventioniert.

Das Sultanat Oman ist der einzige Fall einer nichtdynastischen Monarchie, die aufgrund ihrer Erdöl- und Naturgasvorkommen seit den frühen 1970er Jahren ein vergleichbares System der Distribution materieller Güter aufbauen konnte. Auch in Marokko und Jordanien, den beiden anderen nichtdynastischen und zudem Nicht-Erdöl-Monarchien, existieren Stabilisierungsmechanismen, die auf der Verteilung von materiellen Ressourcen beruhen. Allerdings ist der Umfang der staatlichen Distributionspolitik viel geringer und beträgt nur

einen Bruchteil der in den Golfstaaten innerhalb der Gesellschaft verteilten Ressourcen.

Wie wichtig die Verteilung materieller Ressourcen für das Überleben der arabischen Monarchien ist, haben sie im Verlauf des Arabischen Frühlings bewiesen. In ausnahmslos allen Golfstaaten, aber auch in Marokko und Jordanien wurden die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst angehoben, neue Subventionen eingeführt oder direkte Geldgeschenke an die Bevölkerung verteilt (Lucas und Richter 2012). So bekam in Kuwait zu Beginn des Jahres 2011 jeder Staatsbürger umgerechnet über 2500 Euro ausgezahlt.³ Bereits einen Monat nach dem Sturz von Hosni Mubarak schüttete Saudi-Arabien insgesamt 37 Mrd. USD an die eigene Bevölkerung aus und kündigte zudem die finanzielle Unterstützung für die ärmeren Monarchien Marokko, Jordanien, Bahrain und Oman an.⁴

Externe Unterstützung

Eine entscheidende Rolle für das Überleben der acht autoritären nahöstlichen Monarchien spielt auch die politische und wirtschaftliche Unterstützung durch externe Akteure. Alle Monarchien sind wichtige, in vielen Fällen sogar strategische Verbündete westlicher Staaten. In dieser Funktion profitieren die beiden armen Monarchien Marokko und Jordanien von Entwicklungs-, Finanz- und Militärhilfe und die ressourcenreichen Golfmonarchien von diplomatischer und sicherheitspolitischer Unterstützung – im aktuellen Kontext vom präferentiellen Zugang zum transatlantischen Waffenmarkt. Während Husni Mubarak, als ehemaliger ägyptischer Präsident ein jahrzehntelang sehr enger Verbündeter der USA, im Februar 2011 von Washington fallen gelassen wurde, konnten sich die Monarchien bis heute permanenter westlicher Unterstützung erfreuen. Marokko, Jordanien und Oman sind insbesondere aufgrund ihrer geostrategischen Lage wichtige Verbündete des Westens. In den Golfstaaten und an der Spitze Saudi-Arabien wird über die Hälfte der in der OECD-Welt benötigten Energie in Form von Erdöl und Naturgas gefördert. Zudem spielen diese Staaten eine zentrale Rolle bei der Eindämmung regionalpoli-

tischer Hegemonialbestrebungen Irans und in der Vergangenheit des Irak. Diese strategische Bedeutung spiegelt sich insbesondere in der Vielzahl von US-Militärbasen und der Präsenz amerikanischer, britischer und französischer Truppen in der Region wider.

Eine zweite Dimension westlicher Unterstützung für die autoritären arabischen Monarchien lässt sich an der vergleichsweise unkritischen westlichen Haltung gegenüber der repressiven Eindämmung und Niederschlagung politischer Oppositions- und Protestbewegungen erkennen. Während Husni Mubarak im Februar 2011 und Bashar al-Asad bis heute massiv für den Einsatz von Gewalt gegenüber Teilen der eigenen Bevölkerung kritisiert wurden und in Libyen die Gewaltanwendung des Gaddafi-Regimes zu einer NATO-Militärintervention führte, wird die Anwendung von Gewalt durch Monarchien momentan nicht hinterfragt. Weder wurde die gewaltsame Niederschlagung der Massenproteste im Königreich Bahrain noch der Einmarsch saudischer Truppen auf bahrainisches Staatsgebiet im März 2011 vom Westen deutlich kritisiert. Auch die gewaltsame Eindämmung der immer wieder aufflackernden Proteste in den Ostprovinzen Saudi-Arabiens spielt für die aktuelle europäische und amerikanische Politik keine Rolle.⁵

Spätestens mit dem Angebot, Marokko und Jordanien in den Golfkooperationsrat (GCC) aufzunehmen, trat ein drittes Element der externen Unterstützung von autoritären Monarchien zum Vorschein. Diese Ankündigung im Mai 2011 und die erneute Bekräftigung im Dezember 2011 auf dem jährlichen GCC-Gipfel in Riad waren als Signal zu verstehen, dass insbesondere Saudi-Arabien bereit ist, die Wahrung des monarchischen Status Quo um fast jeden Preis aufrecht zu erhalten (Richter 2011). Obwohl aus den Ankündigungen bis heute keine konkreten politischen Konsequenzen erwachsen sind, erhält insbesondere Jordanien seitdem neue und regelmäßige Hilfszahlungen aus Saudi-Arabien und den kleinen Golfstaaten. Diese haben sich verpflichtet, dem haschemitischen Königreich innerhalb von fünf Jahren fünf Milliarden USD an Finanzhilfe zukommen zu lassen.

3 Siehe online: <www.reuters.com/article/2013/01/27/us-kuwait-politics-loans-idUSBRE90Q0AS20130127> (5. Mai 2013).

4 Siehe online: <<http://knowledgetoday.wharton.upenn.edu/2011/09/to-stave-off-arab-spring-revolts-saudi-arabia-and-fellow-gulf-countries-spend-150-billion/>> (6. Mai 2013).

5 Eine ganz ähnliche indirekte Form der Unterstützung gibt es auch auf regionaler Ebene. So hat beispielsweise der populärste regionale arabischsprachige Fernsehsender Al-Jazeera, der eng mit der Familie des Emirs von Katar verbunden ist, so gut wie gar nicht über die Proteste in Bahrain oder den saudischen Ostprovinzen berichtet.

Droht(e) ein Ende der Monarchie in Bahrain?

Bis auf das Emirat Katar und die VAE blieb keine der arabischen Monarchien im Verlauf des Arabischen Frühlings von regelmäßigen sozialen und politischen Protesten verschont. Allerdings kam es weder in Marokko und Jordanien, wo 2011 in regelmäßigen Abständen Großdemonstrationen stattfanden, noch in Kuwait, wo vor allem ein seit langem schwelender Konflikt zwischen Regime und Teilen der Opposition neu aufbrach, zu einer vergleichbaren Konfliktsituation wie in Bahrain. Das kleine Königreich am Golf ist damit die bisher einzige arabische Monarchie, in der es in den vergangenen drei Jahren zu wirklichen Massenprotesten gegen das Regime gekommen ist,⁶ die nur aufgrund massiver Repression durch staatliche Sicherheitsorgane eingedämmt werden konnten. Wie brisant die Lage für das Regime tatsächlich war, verdeutlicht die Tatsache, dass am 14. März 2011 bewaffnete Einheiten des Golfkooperationsrates Teile der so genannten Peninsula Shield Force – de facto aber fast ausschließlich saudische Truppen – einer Bitte des bahrainischen Königshauses nachkommend über die King-Fahd-Schnellstraße in Bahrain einmarschierten und die gewaltsame Niederschlagung der Proteste durch ihre Rückendeckung ermöglichten.

Der gewalttätige Konfliktverlauf im Königreich Bahrain lässt sich auf eine Reihe von spezifischen Bedingungen zurückführen: Zunächst existiert in der bahrainischen Gesellschaft eine religiös-ethnische Polarisierung, die sowohl in der Golfregion als auch im gesamten Nahen Osten einzigartig ist: Eine sunnitische, ursprünglich beduinische und im 18. Jahrhundert zugewanderte Minderheit herrscht über eine seit langem auf der Insel sesshafte schiitische Bevölkerungsmehrheit. Diese Grundkonstellation erklärt die lange Geschichte teils gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen. Die letzte längere Konfliktphase war die Bahrainische Intifada in den 1990er Jahren, deren Ende durch den Beginn der Regentschaft von Hamad Bin Isa im März 1999 eingeläutet wurde und die im Februar 2001 durch die Verabschiedung des Nationalen Aktionsprogrammes (National Action Charter) mittels Volksentscheid ein vorläufiges Ende fand. Allerdings kam es Ende

der 2000er Jahre zu einer erneuten Zuspitzung, da sich die überwältigende Mehrheit der schiitischen Bevölkerung seit den frühen 2000er Jahren nicht mehr nur politisch, sondern auch zunehmend ökonomisch diskriminiert sah. Diese Entwicklung rührt auch daher, dass Bahrain aufgrund sinkender Einnahmen aus dem Export von Erdöl als einzige der Golfmonarchien ein seit Jahren steigendes Budgetdefizit aufweist und nicht mehr in der Lage ist, die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen an die steigenden Bedürfnisse anzupassen. Die Einbindungspolitik über Vergünstigungen, bereits geschwächt durch die prekäre Wirtschaftslage, kann deshalb nur noch gegenüber der sunnitischen Bevölkerungsminderheit aufrecht erhalten werden und damit nicht die gleiche stabilisierende Wirkung entfalten wie in den anderen kleinen Golfmonarchien. Im Gegenteil, sie wirkt sogar konfliktverschärfend, indem sie die Kluft zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen vergrößert und verdeutlicht. Da sich die Königsfamilie nicht mit der Gesamtgesellschaft identifiziert, entwickeln auch traditionelle Legitimationsstrategien nicht die nötige Kohäsion.

Durch die Ereignisse in Tunesien und Ägypten wurde die bahrainische Oppositionsbewegung zusätzlich politisiert, und am 10. Jahrestag des Volksentscheids zum Nationalen Aktionsprogramms (14. Februar 2011) begann eine neue Welle von Massenprotesten, die vom Regime nur noch durch den Einsatz von Gewalt eingedämmt werden konnte. Der Erfolg dieser Strategie wurde allerdings erst durch die Kritiklosigkeit des Westens und die aktive Einmischung der monarchischen Nachbarn möglich.

Arabische Monarchien: Auslaufmodell oder Zukunftsvision?

Die Beständigkeit von acht autoritären Monarchien seit Beginn des „Arabischen Frühling“ im Dezember 2010 ist zunächst überraschend, lässt sich aber durch ein Zusammenspiel von vier Faktoren erklären. Weniger die bloße Tatsache, dass es sich dabei um Monarchien handelt, sondern vielmehr eine Kombination von traditioneller bzw. religiöser Legitimation der Herrschaft, eine effektive Eliteneinbindung und Familienherrschaft, eine großzügige Distributionspolitik, sowie westliche und regionale Unterstützung machen das erfolgreiche Stabilitätsmanagement von autoritären Monar-

⁶ Bis zu einem Fünftel der bahrainischen Bevölkerung nahm Presseberichten zufolge an diesen Protesten teil (siehe online: <www.nytimes.com/2011/02/26/world/middleeast/26bahrain.html?_r=2&> (14. April 2013).

chien aus. Die Anwendung von Repression, wie beispielsweise durch die bahrainische Monarchie, stellt ausschließlich die allerletzte Handlungsoption, die ultima ratio monarchischer Herrschaft, dar. Jeder dieser Aspekte allein ist nicht hinreichend, um das Überleben der nahöstlichen Monarchien zu erklären. Es ist die besondere Kombination, die die dynastischen Golfmonarchien auf der einen Seite und die nichtdynastischen linchpin Monarchien Jordanien, Marokko und Oman auf der anderen Seite so spezifisch machen und diese acht autoritären Regime davor bewahrt hat, zum Auslaufmodell im Nahen Osten zu werden.

Stellen Monarchien daher inzwischen eine politische Zukunftsvision für den Nahen Osten dar? Auch für die arabischen Monarchien gibt es Prognosen, die von einem baldigen Zusammenbruch ausgehen (Davidson 2012), doch weisen gerade die kleineren Monarchien wie Katar, die VAE, aber auch Oman eine Reihe beachtlicher Entwicklungserfolge auf.⁷ Periodisch aufflackernde Proteste in Jordanien und Kuwait sowie die kaum abschwellende Konfrontation in Bahrain belegen, dass auch Monarchien Schwierigkeiten damit haben, sozialen und politischen Forderungen integrativ zu begegnen. Bisher hat keine der nahöstlichen Monarchien zu einem eigenständigen und positiven Entwicklungsmodell gefunden, das ethnische, religiöse, soziale und politische Vielfalt in Form eines konfliktfreien Miteinanders ermöglicht und darüber hinaus sogar Strahlkraft auf andere Staaten entfalten könnte. Angesichts der abschreckenden Beispiele von Revolutionsrepubliken wie Ägypten, Libyen und Syrien mag der gegenwärtige Zeitgeist Monarchien zugeneigt sein (Herb 2012), aber es ist noch lange nicht ausgemacht, ob ihnen auch die Zukunft gehört.

Literatur

- Anderson, Lisa (2000), *Dynasts and Nationalists: Why Monarchies Survive*, in: Joseph Kostiner (Hrsg.), *Middle East Monarchies. The Challenge of Modernity*, Boulder: Lynne Rienner, 53–70.
- Davidson, Christopher M. (2012), *After the Sheikhs: The Coming Collapse of the Gulf Monarchies*, London: Hurst.
- Demmelhuber, Thomas (2011), *Political Reform in the Gulf Monarchies. Making Family Dynasties Ready for the 21st Century*, in: *Orient*, 52, 1.
- Herb, Michael (1999), *All in the Family: Absolutism, Revolution, and Democracy in the Middle Eastern Monarchies*, Albany, NY: State University of New York Press.
- Herb, Michael (2012), *Monarchism Matters*, online: <http://mideast.foreignpolicy.com/posts/2012/11/26/monarchism_matters> (12. Februar 2013).
- Huntington, Samuel P. (1966), *The Political Modernization of Traditional Monarchies*, in: *Daedalus*, 95, 3, 763–788.
- Lucas, Russell E. (2004), *Monarchical Authoritarianism: Survival and Political Liberalization in a Middle Eastern Regime Type*, in: *International Journal of Middle East Studies*, 36, 1, 103–119.
- Lucas, Viola, und Thomas Richter (2012), *Arbeitsmarktpolitik am Golf: Herrschaftssicherung nach dem „Arabischen Frühling“*, GIGA Focus Nahost, 12, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.
- Richter, Thomas (2011), *30 Jahre Golfkooperationsrat: Schützt Mitgliedschaft vor Revolution?*, GIGA Focus Nahost, 5, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.
- Yom, Sean L., und F. Gregory Gause III (2012), *Resilient Royals: How Arab Monarchies Hang On*, in: *Journal of Democracy*, 23, 4, 74–88.

⁷ Vgl. exemplarisch für den Fall Katar, Borszik (2013).

■ Die Autoren

Anna Sunik, M.A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Nahost-Studien.
E-Mail: <anna.sunik@giga-hamburg.de>, Website: <<http://staff.uni-hamburg.de/sunik>>.

André Bank, M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Nahost-Studien.
E-Mail: <andre.bank@giga-hamburg.de>, Website: <<http://staff.giga-hamburg.de/bank>>.

Dr. Thomas Richter ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Nahost-Studien.
E-Mail: <thomas.richter@giga-hamburg.de>, Website: <<http://staff.giga-hamburg.de/richter>>.

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ werden im Forschungsteam „Persistenz und Wandel nichtdemokratischer Regime“ die Dynamiken autoritärer Herrschaft vergleichend analysiert. Hier ist auch das von der Fritz-Thyssen-Stiftung geförderte Forschungsprojekt „Nahöstliche Monarchien: Ein konfigurativer Vergleich zu Überleben und Zusammenbruch seit 1945“ angesiedelt.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Bank, André, und Thomas Richter (2013), *Autoritäre Monarchien im Nahen Osten: Bedingungen für Überleben und Zusammenbruch seit 1945*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Sonderheft Nr. 47 „Autokratien im Vergleich“, 384-417.

Bank, André, Thomas Richter, und Anna Sunik (2013), *Long-Term Monarchical Survival in the Middle East: A Configurational Comparison, 1945-2012*, GIGA Working Papers, 215, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Borszik, Oliver (2013), *Ambivalente Erfahrungen mit der „Gestaltungsmacht“ Katar*, GIGA Focus Nahost, 3, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

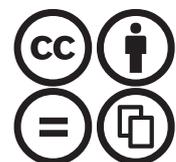
Eibl, Ferdinand (2011), *Parlamentswahlen in Marokko: Ende oder Anfang eines „marokkanischen Frühlings“?*, GIGA Focus Nahost, 11, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Lucas, Viola, und Thomas Richter (2012), *Arbeitsmarktpolitik am Golf: Herrschaftssicherung nach dem „Arabischen Frühling“*, GIGA Focus Nahost, 12, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Richter, Thomas (2011), *30 Jahre Golfkooperationsrat: Schützt Mitgliedschaft vor Revolution?*, GIGA Focus Nahost, 5, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch und Chinesisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Henner Fürtig; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes

Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM